

Allgemeine Zeitung

VERLAG: MAINZ, GROSSE BLEICHE 33
TELEFON-SAMMELNUMMER 4371

Ausgabe Kreis Bingen
NEUER MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MARGARETENGASSE 2
TELEFON-SAMMELNUMMER 4371

Nummer 49

Samstag, 7. Juni 1947

Preis 20 Pfennig

Eröffnung des Landtags in Koblenz

Wahl des Ministerpräsidenten verschoben — Jakob Diel (CDU.) Landtagspräsident

ÖZ. Koblenz. (Eigener Bericht.) Am 17. Tage nach der Wahl, wie es die Verfassung vorschreibt, trat am Mittwoch der neu gewählte Landtag von Rheinland-Pfalz am Sitze der Regierung in Koblenz zu seiner ersten Sitzung zusammen. Als Tagungsort ist wieder der Rathssaal gewählt worden.

Alterspräsident Dr. Schüler

Nach einem evangelischen und katholischen Gottesdienst, an dem zahlreiche Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Gäste teilnahmen, eröffnete Abg. Dr. Schüler (DP) als Büchsenbeamten im Hunsrück als Alterspräsident um 11.15 Uhr den neuen Landtag. Er gedachte zuerst des früheren Alterspräsidenten der Beratenden Versammlung, des Abg. Rautenstrauch. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

Als Vertreter der französischen Militärregierung und der anderen vielen Gäste, die durch ihre Anwesenheit die Bedeutung der Landtagseröffnung unterstrichen, entbot der Alterspräsident den Gruß des Landtags der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz und gab das Gelübde jedes Abgeordneten kund, sein Bestes als Vertreter des Volkes zu leisten. Nach Erwähnung der allgemeinen Pflichten von Regierung und Beamtenschaft zum Wohl des Volkes betonte der Alterspräsident die Sorge um das tägliche Brot, die auch die Eröffnung des Landtags überschattet und an erster Stelle ihrer Beratungen steht. Stadtnot ist Landnot und Landnot ist Stadtnot — nur durch die gemeinsame Arbeit aller Gütegünstigen könne ein Ausweg aus der gegenwärtigen Krise gefunden werden. Für die Landwirtschaft forderte der Redner mehr Arbeitskräfte, mehr Arbeitsräder, Maschinen und Düngemittel, um das Höchstmögliche aus dem Boden herauszuholen. Die künftigen Gesetzgebungen, die sich aus der Annahme der Verfassung ergibt, sollten alle, auch die Gesner der Verfassung mitarbeiten. Zum Schluss kam der Alterspräsident noch auf die Wohnungs- und Flüchtlingsnot zu sprechen und richtete einen dringenden Appell an die Welt zur baldigen Hilfeleistung.

Bei dem folgenden Namensaufruf waren 9 Abgeordnete anwesend. Abg. Ritterspacher (CDU), der noch an den Folgen eines Autounfalls leidet, wurde bis 20. Juni verabsentlicht.

Landtagspräsident Jakob Diel

Auf Vorschlag der CDU, wurde der Abg. Jakob Diel (CDU) (Burg Leven) zum ersten und Vorschlag der SPD, der Abg. Böger (SPD) zum zweiten Präsidenten des Landtags einstimmig gewählt.

Landtagspräsident Diel, der auf eine reiche Erfahrung im parlamentarischen Leben zurückblicken kann, betonte bei Übernahme seines Amtes, daß er sich mit der Geschichte objektive und unparteiische Würde des Landtags zu wahren, er werde in voller Überparteilichkeit handeln und die Interessen des Hauses vertreten, das ein Gegenstand allgemeiner Achtung und des Vertrauens sein sollte. Nach Dankworten an den Alterspräsidenten und der Mahnung zur schlichten Arbeit kündigte er einen Bericht des Ernährungsministers zur derzeitigen Ernährungslage an.

Auf die großen politischen Ereignisse der Gegenwart eingehend stellte der Landtagspräsident mit Nachdruck die Einmütigkeit aller Parteien in den grundlegenden Fragen unseres politischen Lebens fest. Er zeichnete in großen Umrissen die kommende Arbeit des Landtags auf und stellte die Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz als eine notwendige Etappe in der Entwicklung zu kommenden größeren staatlichen Gebilden hin. Wie man einig sei in dem Willen zur Freundschaft mit den Nachbarvölkern und zu einer Versöhnung mit der Umwelt, so bekenne man sich auch zur natürlichen Einheit und dem Zusammenhalt des Volkes. Keine Meinungsverschiedenheiten gebe es in dem Bewußtsein, daß wir deutsch waren, deutsch sind, und deutsch bleiben wollen.

Vor der SPD

Die erste Landtagssitzung ist in würdiger Form und in voller Einmütigkeit der Parteien unter der geschickten Leitung des neuen Landtagspräsidenten verlaufen. Die Erregung des Wahlkampfes ist abgeblieben, realpolitische Erwägungen treten wieder in den Vordergrund und die erste Gesamtlage erkennen, die durch die Rede des Ernährungsministers Dr. Stübinger aufgezeigt wurde und die keinen Platz mehr für Sonderwünsche und Sonderwünsche läßt. Die Verfassung bedroht alle, diejenigen, die die Verfassung angenommen, und auch die, die sie abgelehnt haben. In allen Reden kam die Aufforderung zu gemeinsamer Arbeit zum Ausdruck, und der Wille der Parteien zu dieser Gemeinsamkeit wurde durch die einstimmige Beschlußfassung dieses Tages bestätigt.

Besonders vermerkt wurde die kurze Erklärung des Fraktionsführers der

Haushalts- und Finanzausschuss, 13 Mitglieder (wie oben); Sozialpolitischer Ausschuss, 13 Mitglieder (wie oben); Kulturausschuss, 11 Mitglieder (wie oben); Wirtschaftsausschuss, 13 Mitglieder (wie oben).

Als Beauftragter für den Verfassungsgerichtshof (Art. 134 der Verfassung) wurden bestellt: 1. Dr. Bucholz, Wirtschaftsprüfer, Pirmasens; 2. Philipp Schönbeg, Bürgermeister, Aßach-Westerswald; 3. Michael Kleinmichel, Koblenz; 4. Dr. Ruckert, Regierungspräsident, Mainz; 5. Bauer, Vertreter; 6. Dr. von Poll, Syndikus, Koblenz; 7. O. Schirmer, Angestellter, Gerolstein; 8. Heuter, Oekonomierat, Drefhof bei Oberbürgermeister, Ludwigshafen; 9. Stell-Landau-Pfalz; 10. Schweitzer, Bürgermeister, Neuwied; 11. F. Janneck, Redakteur, Alzey.

Als Fraktionsführer der einzelnen Parteien wählten: Abg. Altmeier (CDU), Abg. Dr. Hoffmann (SPD), Abg. Neumayer (DP) und Abg. Müller (KPD). Abg. Altmeier (CDU) beantragte die Abstimmung der Wahl des Ministerpräsidenten von der Tagesordnung. Wie der Erklärung des Fraktionsführers der CDU zu entnehmen war, will die CDU, als stärkste Fraktion in Verhandlungen mit allen aufbauwilligen Kräften eintreten. Da die Verhandlungen jedoch noch nicht abgeschlossen sind, wurde die Wahl des Ministerpräsidenten auf die nächste Sitzung verschoben.

Sorgen um die Ernährung

Nach einer kurzen Pause ergriff unter allgemeiner Spannung Ernährungsminister Stübinger zu Erklärungen über die gegenwärtige Ernährungslage das Wort. Die Sitzung zeichnete die Stimmung im Volk, das Brot und Nahrung verlangt, und Sicherung seiner Existenz. Der Minister gab einen ungeschminkten Lagebericht und führte über die einzelnen Versorgungsgebiete aus.

Im Wirtschaftsjahr 1946/47 betrug die Anbaufläche für Brotgetreide 197.472 Hektar, die abzuliefernde Getreidemenge belief sich auf 151.000 Tonnen. Damit war es möglich, die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz bis zum 15. Mai bzw. 1. Juni mit Brot zu versorgen. Es fehlten jedoch 33.000 Tonnen Brotgetreide, um den Anspruch um die neue Ernte zu sichern. Der Minister betonte hier ausdrücklich, daß die Landwirtschaft ihre Pflicht getan habe. Es sieht nur noch ein geringes Prozentsatz des Ablieferungslohs aus. Minister Stübinger schilderte seine ausgedehnten Verhandlungen und seine Zusammenkunft mit den anderen Ernährungsministern der französischen Zone. Als Ergebnis all dieser Bemühungen konnte erreicht werden, daß für die Monate Juni und Juli 200 Gramm Brot dem Meistverbraucher zugeteilt werden kann. Das ist das Äußerste, was jetzt zugeteilt werden kann.

Der Minister gab für diesen Monat folgende Rationssätze bekannt:

Brot	500	Gramm
Fleisch	300	"
Ei	320	"
Fett	250	"
Hülserfrüchte	400	"
Maismehl	375	"
Häfer- od. Gerstenmehl	125	"
Kocherhige Suppen	250	"
Zucker	450	"
Käse	125	"

Der Minister machte weiterhin darauf aufmerksam, daß für das Wirtschaftsjahr 1947/48 in keiner Weise eine Besse-

rung zu erwarten ist. Als Gründe für die anhaltenden Schwierigkeiten führte der Minister die Auswinterung des Rapsteubesandes an und den 40prozentigen Ausfall an Weizen und Roggen infolge des langen Winters. Die Ernte ist nur dünn. Die Sommerfrucht hat infolge der Trockenheit nur schlecht angezogen. Die Aussaat in Frankreich ist gar zu 80 Prozent ausgewintert.

Auch bei der Kartoffelversorgung ist keine Besserung zu erwarten. Zwar ist die Anbaufläche die gleiche wie bisher geblieben, aber es mußte zum Teil vierjähriges Saatgut verwendet werden, so daß der Erfolg dementsprechend geringer angesetzt werden muß.

Die Fleischversorgung verschlechtert sich immer mehr. Der Rinderbestand ist gegenüber dem Jahr 1938 um 20 Prozent zurückgegangen. Heute sind nur noch 40 bis 50 Prozent des Milchbestandes von 1938 vorhanden. Die Zahl der Tiere ist weiter im Sinken begriffen, so daß die Milchproduktion, die Fett- und Fleischversorgung ernstlich gefährdet sind. Der Minister warnt zum Schluss vor der Hingabe an falsche Illusionen. An die Stelle verzerrender Kritik, die meist aus Unkenntnis der Sachlage herrührt, soll die gemeinsame Arbeit von Stadt und Land, von Regierung und Volk, treten, um die bedrohliche Lage zu meistern.

Ministerpräsident Dr. Boden bestätigte, daß die gesamte Regierung hinter den Erklärungen Stübingers stehe, der seine volle Pflicht für Land und Volk getan habe, um die Katastrophe zu vermeiden.

Wie der Landtagspräsident zum Schluss der Sitzung bekannt gab, wird der Ernährungsminister am Dienstag, 11. Uhr, zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten.

Auf der Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung, die voraussichtlich Ende nächster Woche einberufen wird, stehen bis jetzt folgende Punkte:

1. Wahl des Ministerpräsidenten;
2. Entgegennahme eines Berichtes des Ernährungsministers.

stündlich ist aber auch der Anspruch der SPD, als der zweitstärksten Fraktion gerade auf das Innenministerium als Vorbildung für den Eintritt in eine Koalition.

Im Falle des Scheiterns der Verhandlungen zwischen den beiden größten Parteien kann die CDU immer noch mit der Demokratischen Fraktion allein eine Koalition bilden. Sie wird diesen Weg, der ihrer bisherigen Haltung zu urteilen, nicht als Ausweg beschließen. Da aber sämtliche Parteien zur Mitarbeit aufgefordert und dazu auch bereit sind, so rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß schließlich das seitherige geschäftsführende Kabinett unter Ministerpräsident Dr. Boden an der Spitze mit unwesentlichen Änderungen, die sich durch das Ausscheiden von Kultusminister Dr. Lotz und die Hinzunahme der Demokraten ergeben, als erstes zeit- und notbedingtes Ministerium aus den Verhandlungen hervorgehen wird.



Die sowjetrussische Delegation auf der Sitzung des Alliierten Kontrollrates in Berlin. Zweiter von rechts: Marschall Sokolovsky, der Oberbefehlshaber in der russischen Besatzungszone. Dena - NYT - Bild

Sozialistenkongress in Zürich

Von Otto Zahn

Wie nach einer schweren Erkrankung, die den Körper an den Rand des Todes brachte, die Funktionen der einzelnen Organe nur langsam und beschwerlich wieder in einen gesunden und normalen Austausch treten, so sind nach dem Zusammenbruch erst allmählich die deutschen Verbindungen nach dem Ausland wieder gewachsen und haben an Umfang und Tiefe zugenommen. Neben der Wiederanknüpfung der zerrissenen kulturellen Fäden mit den Nachbarstaaten, mit England und Amerika, waren es die neuaufblühenden Gewerkschaften der vier Zonen, die mit Hilfe des Weltgewerkschaftsbundes am internationalen Leben ihrer Organisationen teilnehmen konnten.

In Erweiterung der internationalen Beziehungen sind nun gestern in Zürich die Vertreter der sozialistischen Parteien von neunzehn Staaten zusammengetreten, um die Frage der Vorbereitung einer künftigen neuen sozialistischen Internationalen zu prüfen. Auf dem Kongress sind alle europäischen Länder, einschliesslich Finnland, vertreten. Einer Delegation der SPD, unter Führung von Dr. Schumacher soll Gelegenheit gegeben werden, in Zürich ihr Programm und ihre Grundsätze darzulegen.

Der Kongress geht auf die Initiative des Exekutivausschusses der englischen Labour Party zurück. Bereits ein Jahr nach Beendigung der Feindseligkeiten, im Juni 1946, waren zum ersten Male nach dem Kriege Vertreter der sozialistischen Parteien Europas in Clayton zu Beratungen zusammengetreten. Die Konferenz zeitigte, wie es nach der amtlichen Mitteilung der Labour Party heißt, nur „magere, aber positive und praktische Ergebnisse“. Im November 1946 fand sodann eine zweite Internationale Sozialistische Konferenz in Bournemouth statt, in der der Beschluß zur Zusammenkunft in der Schweiz unter Beteiligung der deutschen Sozialdemokratie gefaßt wurde.

Die Geschichte der Internationale ist die wechselvolle Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt. Mit der Züricher Konferenz wird das Problem der internationalen Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien und die Frage einer Konstituierung der Arbeiterbewegung im internationalen Rahmen, der ihr naturgemäß eigentlich ist, wieder neu aufgeworfen. Das organische Wachstum der internationalen Arbeiterbewegung, das durch die Ausbreitung des Faschismus behindert und durch den letzten Weltkrieg noch stärker als im ersten zerstört und unterbrochen wurde, erfährt jetzt durch diese beiden mächtigen Wurzeln und Quellen einen neuen Auftrieb und eine hoffnungsvolle Neubildung. Einmal durch das Anwachsen der sozialistischen Parteien, die in vielen Ländern bereits teilweise oder ganz verantwortungsvolle Regierungsarbeit leisten, zum anderen durch das Aufblühen der Gewerkschaften, die sich im Weltgewerkschaftsbund in einer weltweiten 70 Millionen umfassenden Organisation zusammengeschlossen haben.

Vor einer völlig neuen und veränderten Situation sehen sich die sozialistischen Parteien Europas bei Ausbruch des Hitlerkrieges im September 1939 gestellt — eine Situation, die nichts mit der Lage vom August 1914 vergleichen werden kann. Damals, im August 1914, standen die sozialistischen Parteien vor der Notwendigkeit, sich dem Ausbruch des imperialistischen Krieges mit allen Mitteln zu widersetzen. Vom Züricher Kongress 1897 bis zum Coppenhagener Kongress 1910 hat die Frage immer wieder im Mittelpunkt der internationalen sozialistischen Diskussion gestanden, der entscheidendste Kampf war der imperialistischen Kriegstreibern angesagt worden. Jean Jaurès fiel als erstes

Opfer der Treue zu den internationalen Grundsätzen.

Die II. Internationale bestand die geschichtliche Probe nicht, sie fiel auseinander. Die internationalen Verbindungen wurden nur noch von einigen wenigen Sozialisten hochgehalten, die sie auf den Schweizer Kongressen zu Zimmerwald und Kienthal zur Einheit mahnend, weitervertrudelten. Wenn auch die organisatorischen Bande zerbrochen waren, so hielten sie damit doch die ideologische Verbindung aufrecht und schufen die Voraussetzungen künftigen Wiedererwachens einer internationalen Arbeiterbewegung. Von Anfang blieb die Spaltung der Internationale jedoch eine Tatsache ihrer Gegensätze, die sich durch die verschiedenen Stellungnahmen zu den grundsätzlichen Fragen des Krieges in ihrem Schoße herausgebildet hatten, waren unüberbrückbar.

Nach dem Kriege wurde im März 1919 in Moskau die III. Internationale gegründet (Komintern), und in Fortführung der II. Internationale wurden in Hamburg 1923 die durch den Krieg gespaltenen Landesverbände wieder zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale verbunden, offiziell „Labour- und Sozialistische Internationale“ genannt. Die III. Internationale bewies eine Lebensdauer von nur vierundzwanzig Jahren. Im Mai 1943 wurde sie formell als aufgelöst erklärt.

Die II. Internationale hatte 1928 mit 6,6 Millionen Mitgliedern ihren Höchststand erreicht. Durch das Aufkommen und das Anwachsen des Faschismus in Italien und den Balkanländern, in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei, auf der Pyrenäenhalbinsel erlitt die II. Internationale schwere Einbußen an Mitgliedern und Einfluß im politischen Leben. Zugleich aber prägen sich auch die Richtlinien einer gemeinsamen Politik immer schärfer und klarer heraus, es waren die Grundsätze einer kämpferischen Demokratie und eines entschiedenen Antifaschismus, die warnend und aufläuternd, anklagend und aufrüttelnd die Welt vom Abgrund des zweiten Weltkrieges zurückziehen versuchten. Ihre Stimmen blieben ungehört. Erst die Entfesselung des Hitlerkrieges und seine Greuel bestätigten ihre Befürchtungen und Warnungen — nur allzu tragisch. Die sozialistischen Parteien bezogen nun aber auch die einzig mögliche Stellungnahme: dem faschistischen Raubkrieg mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten und die Verteidigung der Demokratien — zu unterstützen.

Nach dem Schweigen der Waffen, nach dem Tode eines überseharen Zeugnisses, wachsen jetzt wieder langsam die Werke des Aufbaus, klingen jetzt wieder die Stimmen des Friedens, der aus dem Erbe des Unheils geboren werden soll. Noch nie war der Welt so klar vor Augen gestellt, wie ein weltumfassendes Gebilde Frieden und Wirtschaft in den fruchtbaren Abhängigkeit voneinander darstellbar. Wo hier Fäden geknüpft, Zerrissenes verbunden und Getrenntes vereint werden kann, daß der Strom internationalen Lebens ungehemmt wieder fließt, dort werden die Grundlagen der Friedenssicherung geschaffen. In diesem Sinne werte: die Welt die Züricher Konferenz als ein bedeutungsvolles Anzeichen künftigen internationalen Lebens, das der Sicherung des Friedens und der Wohlant der Völker dient in enger Zusammenarbeit mit der Uno, als ein Teil jener weltumspannenden Kräfte, die an der neuen Grundlegung zwischenstaatlicher Beziehungen arbeiten, wird auch die Internationale Arbeiterbewegung ihren Beitrag zu der Verwirklichung des sozialen und politischen Friedens liefern.